

Beitrag auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE München am 25.10.2009 von Eva Bulling-Schröter (MdB), Sprecherin des Landesverbandes DIE LINKE Bayern

Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl in Bayern

Zweifellos waren es „historische“ Wahlen. Die SPD erlitt vermutlich die schwerste Wahlniederlage ihrer Geschichte, die CSU die Zweitschwerste. Sie verlor zwischen 2002 und 2009 immerhin rund 1,5 Millionen Wählerinnen und Wähler, FDP und Grüne erzielten ihre historisch besten Ergebnisse in Bayern und DIE LINKE konnte selbst die 6,1 % der KPD bei den Landtagswahlen von 1946 toppen. In diesen historischen Reihen reiht sich die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl nahtlos ein.

Die bayerische LINKE hat mit 6,5 % ihre bestes Ergebnis in Bayern eingefahren und zugleich das schlechteste Ergebnis im Vergleich der Bundesländer. Sie ist aber die drittgrößte Stimmenlieferantin der Bundespartei. Diese Fakten sind für die Gesamtpartei von Interesse und wir sollten sie in Berlin auch gelegentlich in Erinnerung bringen.

Wahlanalysen eignen sich in besonderer Weise dazu, die jeweils eigenen politischen Positionen und Vorstellungen durch statistische Angaben zu untermauern. Davor ist wohl niemand gefeit. Aber frau/man sollte es wissen und möglichst berücksichtigen. Auch verführen statistische Angaben manchmal zu vorschnellen Schlüssen und ich zitiere aus einigen Studien: So wurde in einer Analyse die Tatsache, dass die CSU in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit nicht präsent ist, als Rückzug aus sozialen Milieus gedeutet. Da in Bayern auch die Regionen mit den schlechtesten offiziellen Arbeitsmarktzahlen, gerade einmal den Bundesdurchschnitt erreichen, hatte die CSU in Gebieten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit nicht kandidiert, so die Annahme. Oder, das statistisch schlechte Abschneiden der LINKEN in Regionen mit hoher Migrationsbevölkerung ist den Hochburgen in den Neuen Bundesländern geschuldet, dort liegt der Ausländeranteil weit unter dem Bundesdurchschnitt. Dort wo es einen nennenswerten Ausländeranteil in der Bevölkerung gibt, wie in den westdeutschen Großstädten, sind diese Stadtteile Hochburgen der LINKEN (z. B. 17,6 % in Nürnberg-Gostenhof) Bei der regionalen Stimmverteilung müssen ebenfalls einige klassische Zuordnungen, wie DIE LINKE gewinnt in den Universitätsstädten, sie ist insbesondere in den Großstädten verankert, in katholischen Regionen tut sie sich besonders schwer, usw. überdacht werden.

Die Bundestagswahlen 2009 in Bayern haben den Trend der Landtagswahl bestätigt. Regionen mit überdurchschnittlich guten Ergebnissen waren bereits bei der Landtagswahl über dem Durchschnitt. Dies gilt auch für einige CSU-Domänen in Niederbayern, der Oberpfalz und Unterfrankens. Wanderungen von Freien Wählern zu den LINKEN hat es bei den Bundestagswahlen sicherlich gegeben. In der Fläche ist DIE LINKE in jenen Regionen stark, in denen es größere soziale Verwerfungen gibt. Dies gilt für Industrieregionen deren Wirtschaft einen Strukturwandel durchlebt oder durch gemacht hat, wie im Großraum

Nürnberg, in Schweinfurt, in Nordoberfranken und in der nördlichen Oberpfalz. Hier kann DIE LINKE an frühere sozialdemokratische Hochburgen anknüpfen. Aber auch in eher strukturschwachen Gebieten, wie im Bayerischen Wald, der Rhön oder im westlichen Mittelfranken, gibt es überdurchschnittliche Ergebnisse. Unterdurchschnittliche Ergebnisse haben wir in wirtschaftlich aufstrebenden, relativ wohlhabenden Regionen und in Gebieten mit bäuerlicher Prägung.

Diese soziale Differenzierung überlagern andere Faktoren, wie z. B. Großstadt oder ländlicher Raum. In den Großstädten München und Würzburg erreichen wir 6,7 bzw. 6,6 %. In ländlichen Regionen wie den Landkreisen Freyung-Grafenau, Hassberge oder Wunsiedel, in denen keine Stadt mehr als 20.000 Einwohner hat, kommen wir auf 8,9, 9,2 und 9,4 %.

Das starke Gewicht der Sozialstruktur lässt sich auch bei kleinflächigeren Analysen in den einzelnen Wahlkreisen belegen. Mit der Zerstörung der sozialen Systeme und der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich entstehen soziale Ghettos mit eigenen politischen Bindungen. Hier entstehen in sozialen Brennpunkten linke Wahl-Hochburgen. Und zugleich sinkt die Wahlbeteiligung ins bodenlose. Mit 9,9 % liegen wir im Ingolstädter Nord-Westen deutlich über den Stadtdurchschnitt von 7,5 %. Mit 44,7 % liegt aber auch die Wahlbeteiligung weiter unter dem Gesamtergebnis. Wenn dies kein Einzelfall ist – und dafür gibt es viele Hinweise – dann gewinnt die Wahlmobilisierung der sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen einen eigenen politischen Stellenwert. Dies wird uns nur gelingen wenn es eine Vertrauensbasis gibt und DIE LINKE nicht nur kurz vor der Wahl dieses Klientel entdeckt. Eine deutliche Schwerpunktsetzung auf die sozialpolitischen Themen, Präsenz vor Ort durch unsere Öffentlichkeitsarbeit, z. B. mit KLAR, die Zeitung der Bundestagsfraktion und sich kümmern mit Beratungsangeboten und praktischen Hilfen, sind Maßnahmen zur Verankerung in solchen Schwerpunktwohngelieten. Bei der gegenwärtigen Mitgliederstärke der Partei werden wir nicht in der Lage sein flächendeckend zu arbeiten. Für die Auswahl von regionalen bzw. örtlichen Schwerpunkten können die Analysen der Stimmeregultate eine wichtige Hilfe leisten.

Die Orientierung auf die sozialen Brennpunkte, die es auch im reichen bayerischen Süden gibt, darf uns nicht davon abhalten, die andere Seite der Wahlbotschaft zu sehen. DIE LINKE als Friedenspartei, als Umweltpartei, als Bildungspartei, als Frauenpartei, als Kulturpartei – kurz als Partei für mehr Lebensqualität, wird noch nicht wahrgenommen. Und viel zu oft fehlt auch in unserer Eigendarstellung diese Seite. Hätte uns nicht zumindest ein Themenplakat zur Umwelt gut zu Gesicht gestanden? Wir brauchen diese Themen nicht als Zugabe, quasi Garnierung unserer Sozialpolitik, sie erwachsen aus den linken Grundüberzeugungen für eine soziale, humane, lebenswerte Gesellschaft.

Mit den unterschiedlichen Wahlergebnissen stellt sich die Frage: Welchen Eigenanteil hat das Wirken der Partei, hat der Wahlkampf und die damit oft aufopferungsvolle Arbeit unserer Genossinnen und Genossen. Hierbei geht es nicht darum Noten zu verteilen. Aber

offenkundig haben wir auch in Regionen gute Ergebnisse, in denen wir nur sehr schwache oder faktisch keine Parteiorganisationen haben.

Maßgebend für die Wahlentscheidung ist sicherlich die politische Großwetterlage. Hinzu kommen soziale Differenzierungen wie ich sie gerade angesprochen habe, und auch politische Traditionen und verschiedene Mentalitäten der Bevölkerung spielen eine Rolle. Letztere sind schwer zu fassen und es ist müßig darüber zu streiten. Nur selten und meist nur lokal sehr begrenzt lassen sich solche Gegebenheiten im großen Umfang außer Kraft setzen. Doch im Rahmen dieser Vorgaben lassen sich die Wirkungen unserer Tätigkeit sehr wohl nachvollziehen und sind die positiven wie negativen Ergebnisse unserer Arbeit zu finden. Dies lässt sich natürlich nicht auf die Frage reduzieren: Wo haben wir Flugblätter gesteckt und wo nicht? Es geht um die Gesamtwahrnehmung der Partei im öffentlichen Bewusstsein. Dass auch dies nicht nur von uns abhängt, sondern z. B. die regionalen Medien eine wichtige Rolle spielen, stimmt natürlich. Nur sollten wir über die Dinge nachdenken, die wir beeinflussen können und hier gibt es ein weites Feld zu bearbeiten.

Das positive Abschneiden der LINKEN bei diesen Bundestagswahlen ist ein Element des Wahlergebnisses. Das andere ist die Installierung einer schwarz-gelben Bundesregierung. In den nächsten Tagen wird die Koalitionsvereinbarung als ganzes auf dem Tisch liegen. Die Richtung ist absehbar. Das Projekt Umverteilung von unten nach oben wird fortgesetzt, Bedienung des eigenen Klientels, gelegentlich etwas Kosmetik und die Kosten zahlt die Bevölkerung. Wir werden uns im Detail mit diesem Regierungsprogramm auseinandersetzen. Die wichtigste Antwort ist in einem vorliegenden Antrag an den Landesparteitag treffend formuliert:

„Wohin sich unser Land entwickelt darf nicht den Regierenden überlassen werden. Mit ihrem gewachsenen parlamentarischen Einfluss muss DIE LINKE die sozialen und demokratischen Bewegungen unterstützen. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, globalisierungskritischen Gruppen, Sozialforen, Bildungs- und Bürgerrechtsinitiativen, Friedensgruppen, Initiativen gegen Rechtsextremismus und anderen Zusammenschlüssen müssen der Politik der Kriegseinsätze, des Sozial- und Demokratieabbaus Grenzen gesetzt werden.“

Dass dabei auch der Kampf gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten eine wichtige Rolle spielen wird, machen die vielen kleinen Aktionen in diesen Tagen bereits deutlich.

Gemeinsame Aktionen in der außerparlamentarischen Opposition vorantreiben heißt aber nicht, einem inhaltlichen Schmusekurs mit SPD und GRÜNEN das Wort reden. Nur wenn DIE LINKE ihr eigenes Profil schärft, wenn wir als konsequente Opposition und als Alternative erkennbar sind, wird sich auch bei anderen etwas bewegen. Schärfung des eigenen Profils hat viel mit Kompetenz und programmatischer Aussage zu tun. Hier haben wir schon manches erreicht und ich kann nur empfehlen sich die eigenen Erarbeitungen, z. B. unser Landtagswahlprogramm, gelegentlich wieder einmal anzusehen. Aber es stellen sich auch Fragen die wir in der Programmdebatte in Angriff nehmen müssen. Und weil

Programme erst zur materiellen Gewalt werden, wenn sie die Massen erfassen, müssen wir unsere öffentliche Präsenz verbessern, unsere Aktionstätigkeit und Medienarbeit forcieren. DIE LINKE ist sozial auch nach der Wahl, so müssen uns die Menschen wahrnehmen. Dies alles braucht eine wachsende Partei, mit mehr Mitgliedern, mit einer stärkeren Finanzkraft und mit einer funktionierenden Organisationsstruktur. Einer Organisation in der sich Kreativität, Transparenz und lebendige Basisdemokratie mit Handlungsfähigkeit und gemeinsame Aktion nicht nur verbinden, sondern sich gegenseitig bedingen. Dafür lohnt es sich zu streiten.